

genständen der Liangzhu- und der Hongshan-Kultur, die in einer großen Gräberstätte in Yuhang (westlich von Hangzhou gelegen) gefunden wurden. 1986 fanden die Archäologen dort über 1.200 Jadegegenstände in elf Gräbern, darunter Jadeschmuck, Streitäxte, runde Jadescheiben mit Loch (*bi*) und viele kostbare Gegenstände, wie man sie noch nie gesehen hat, wie z.B. Bilder von Gottheiten, Menschen und Tieren aus Jadeschnitzerei, Jadeplatten mit Drachenkopfmuster und mit Jade eingelegte Lackarbeiten. 1987 wurden Opferaltäre und weitere elf Gräber der Liangzhu-Kultur entdeckt, in denen über 700 Jadegegenstände gefunden wurden. 1988 wurde die Erforschung der Liangzhu-Kultur (Liangzhu liegt nördlich von Hangzhou) in die Forschungsförderung der Sozialwissenschaftlichen Stiftung aufgenommen. Bisher, so wird in diesem Zusammenhang berichtet, sei man immer davon ausgegangen, daß sich die gesellschaftliche Entwicklung in China nach dem universalen Schema Steinzeit - Bronzezeit - Eisenzeit vollzogen habe. In Ostasien aber habe der Wechsel der Kulturen eine besondere Form.

Wie der leitende Archäologe der Gruppe, Mou Yongkang, erläuterte, ist die Jadezeit ein wichtiges Merkmal der Entstehungszeit der chinesischen Zivilisation. Die Vergöttlichung der Jade und der Gedanke, daß die Jade ein be-seeltes Wesen sei, hätten im Zentrum der Bewußtseinsformen des Jadezeitalters gestanden, und die Vorliebe des chinesischen Volkes für Jade, die sich zu einer nationalen Eigenschaft herausgebildet habe, habe hier ihren Ursprung. Aus Jade seien keine für den Gebrauch bestimmten Produktionswerkzeuge hergestellt worden, sondern sie sei allein für zeremonielle Zwecke verwendet worden. Dies kennzeichne den Beginn des Riten-systems mit der hierarchischen Ordnung als Kerngedanken; Jade symbolisiere die besondere Macht und den sozialen Status derjenigen, die sie besaßen. Gerade dies mache deutlich, daß die Jadezeit die Entstehungszeit der chinesischen Zivilisation sei. Die vergöttlichte Jade sei von Anfang an ein geheimnisvolles Symbol für die Regierungsmacht gewesen. Man glaubte an die göttliche Kraft der Jade, an ihre geistige Kraft mit der Möglichkeit, das Selbst und die Wirklichkeit zu überwinden. In der Entstehungszeit der chinesischen Zivilisation sei dies in die nationale Psyche und in das nationale Bewußtsein eingepreßt worden.

Dem Bericht zufolge sind die frühesten Jadegegenstände 7.000-8.000 Jahre alt, die Jadezeit wird jedoch ungefähr vor 5.000-3.500 Jahren angesetzt, d.h. auf 3000-1500 v.Chr. datiert. Das Verbreitungsgebiet erstreckt sich vom Yanshan (Nord-Hebei) im Norden bis nach Shenxi und zum Mittellauf des Yangzi im Westen und reicht im Osten bis zur Dawenkou-Kultur im Gebiet des Taishan und im Süden bis Guangdong, bildet also einen sichelförmigen Jadekulturkreis, und dieser Kulturkreis, so heißt es, ist genau das Gebiet, in dem später die konfuzianische Philosophie verbreitet war.

Zur Bewertung der Theorie vom Jadezeitalter läßt sich bisher wenig sagen, denn es muß abgewartet werden, ob sie allgemeine wissenschaftliche Anerkennung findet. Unabhängig davon aber läßt sich feststellen, daß die Theorie eine gewisse Brisanz in sich birgt, weil sie nicht gerade Ausdruck eines orthodox-marxistischen Verständnisses der sozialen Entwicklung ist. Nach marxistischer Lehre haben allein die Produktionsweise und die mit dieser verbundenen Produktionsmittel als Kriterium für die Entwicklung der Gesellschaft zu gelten. Die Jadezeit wird jedoch aufgrund von zeremoniellen Gegenständen bestimmt und dürfte daher nach marxistischem Verständnis nicht gleichwertig neben die Stein- und Bronzezeit gestellt werden. Eine Erklärung dafür, daß trotz der gegenwärtig verstärkten ideologischen Kontrolle eine so unorthodoxe Theorie wie die von der Jadezeit geäußert werden kann, mag darin liegen, daß diese Theorie als Illustrationsbeispiel für die Großartigkeit der alten chinesischen Kultur dienen kann und somit geeignet ist, den Patriotismus zu fördern. -st-

\* (21)

#### Gesundheitsministerium plant Aufklärung über AIDS

AIDS ist bislang in China kein ernsthaftes Gesundheitsproblem. Dennoch ist die Zeit vorbei, da China behaupten konnte, AIDS betreffe die Chinesen nicht, und es seien nur einige Ausländer HIV-infiziert. Ein Vertreter des chinesischen Gesundheitsministeriums gab kürzlich erstmalig zu, daß die Zahl der HIV-Infizierten in China steige. Bisher habe man in China 190 Virus-träger entdeckt. Die meisten von ihnen seien Drogenabhängige. Die größte Zahl der HIV-Infizierten lebe in Yunnan. (Offensichtlich spielt dort die Nä-

he zu den drogenproduzierenden südostasiatischen Ländern eine Rolle.) Auch wenn die tatsächliche Anzahl der Infizierten höher liegen mag, als offiziell zugegeben wird, steht China noch am Anfang des Problems. Trotzdem will die Regierung jetzt intensivere Aufklärung betreiben. Wie der Vertreter des Ministeriums erläuterte, hätten viele Menschen zwar von AIDS gehört, aber sie seien nicht darüber informiert, wie der Virus übertragen werde. Insbesondere Menschen in entlegenen Gebieten mit niedrigem Bildungsniveau und geringem Zugang zu den Massenmedien seien völlig unaufgeklärt, was die Krankheit angeht. Der Vertreter kündigte an, daß das Gesundheitsministerium die Verbreitung von Broschüren und Plakaten plane, um gerade diese Bevölkerungsschichten zu erreichen. Auch die Krankenhäuser in den unterentwickelten Gebieten sollen verpflichtet werden, sich an die Hygienevorschriften zu halten. Während die Krankenhäuser in den großen Städten schon Einwegspritzen verwendeten, sei es in vielen anderen Krankenhäusern noch üblich, die Spritzen immer wieder zu benutzen. Ferner will man die Risikogruppen stärker beobachten. Mit diesen Vorsorgemaßnahmen hofft das Ministerium die Verbreitung von AIDS eindämmen zu können. (Radio Beijing, 5.7.90, nach SWB, 14.7.90) -st-

---

## Außenwirtschaft

---

\*(22)

#### Japanischer Großkredit für die Volksrepublik

Ein Sprecher des japanischen Außenministeriums erklärte am 10.7.1990 auf dem Weltwirtschaftsgipfel der sieben führenden westlichen Industriestaaten in Texas, daß Ministerpräsident Kaifu seine Kollegen aus den übrigen sechs Teilnehmerländern von der Entscheidung unterrichtet habe, daß die Regierung in Tokyo der Volksrepublik nach und nach Kredite in Höhe von umgerechnet 5,4 Mrd. US\$ zur Verfügung stellen wird.

Japans Geschäftswelt wartete seit etwa einem Jahr auf die Freigabe der eingefrorenen Regierungskredite.

Die Erklärung Kaifus, die eingefrorenen Yen-Mittel sukzessive freizugeben, wurde von der japanischen Wirtschaft begrüßt und im übrigen in besonders regierungsfreundlichen japanischen Zeitungen als eine Art diplomatischer Erfolg Kaifus gefeiert. Welche Projekte als erste freigegeben werden, wird sich erst in den kommenden Wochen entscheiden. Nach Angaben der zuständigen Abteilungen im Außenministerium wird hierzu eine Regierungskommission zu Gesprächen nach China entsandt, bevor anschließend nach Prüfung durch den Overseas Economic Cooperation Fund ein offizieller Notenaustausch über die Wiederaufnahme von Vorhaben erfolgen kann.

Beobachter vermuten, daß als erstes die Arbeiten an den schon begonnenen und 1989 gestoppten drei Projekten - einem Wasserkraftwerk, einem Dammbau und einem Wasserversorgungssystem für sieben Städte - wieder aufgenommen werden. Allerdings wies das japanische Außenministerium solche Überlegungen ausdrücklich als verfrüht zurück.

Der gesamte dritte Yen-Großkredit ist nach den bisherigen Vereinbarungen für die Finanzierung von 42 Einzelvorhaben im Zeitraum von 1990 bis 1995 vorgesehen. Außer den erwähnten drei Projekten, die noch im Rahmen des zweiten Yen-Kredits begonnen worden waren, sollte im laufenden Fiskaljahr auf Wunsch Chinas ein gutes Dutzend weiterer Projekte mit Kreditmitteln von rd. 100 Mrd. Yen begonnen werden.

In jedem Fall, so hieß es in dem Zusammenhang aus Kreisen der Chinaexperten in den Handelshäusern, sei vorläufig noch nicht mit der Wiederaufnahme von ausgesprochenen Großvorhaben zu rechnen. Denn der gewaltige Schuldenberg der Volksrepublik mahne japanische Investoren auch weiterhin zur Vorsicht.

Immerhin hat das MITI, wie schon seit längerem angekündigt, nach dem Juli-Gipfel die Volksrepublik China wieder in die staatliche Exportversicherung aufgenommen. Gleichzeitig wird die Exportwirtschaft jedoch ermahnt, besonders behutsam vorzugehen. Dies wird vor allem mit Blick auf die französische Konkurrenz begründet, die man nicht verärgern will, weil von Miterrand in Texas die schärfste Kritik an Japans "weicher" Chinapolitik kam.

Dennoch dürfte das Interesse von Japans Wirtschaft an einer baldigen Normalisierung sämtlicher Geschäftsbeziehungen mit China deutlich größer sein als das Interesse am Wirtschaftsaufbau in Osteuropa. Zu diesem Ergebnis kam jedenfalls die Tokyoter Tageszeitung *Mainichi Shimbun*, die knapp 40 führende Unternehmen aus allen Sektoren zu den wichtigsten Weltwirtschaftsgipfelthemen befragte. Am ausgeprägtesten ist danach das Chinainteresse bei den stark engagierten Handelshäusern, während sich die Finanzwirtschaft wegen der Verschuldungs- und Devisenproblematik deutlich zurückhaltender gibt.

Wieder in Bewegung gekommen ist inzwischen das Chinageschäft der japanischen Baukonzerne. Wenn mit der angekündigten Freigabe des Regierungskredits im Laufe des nächsten Jahres die Arbeit an den schon geplanten Projekten wieder in Gang kommt, kann sich die japanische Bauwirtschaft auf weitere Großaufträge freuen. Erfahrungsgemäß fließt etwa die Hälfte der als ungebundene Kredite vergebenen Mittel in Form von Aufträgen an die private Industrie zurück.

Nach einer kürzlich in der *Nihon Keizai Shimbun* veröffentlichten Übersicht sollen mit dem dritten Yen-Kredit u.a. vier Agrarprojekte, darunter drei Düngemittelfabriken (Gesamtwert 46,1 Mrd. Yen) und ein Dammbau (6 Mrd. Yen) finanziert werden; ferner sieben Vorhaben der Verkehrsinfrastruktur, darunter Elektrifizierung der Eisenbahnen, Hafenaufbau sowie der Bau von Flughafen-Rollbahnen und Brücken (Gesamtwert 121,7 Mrd. Yen). Weitere Infrastrukturvorhaben umfassen ein Wasserwerk, Erweiterung des Telefonnetzes und Kanalisation (46,5 Mrd. Yen), hinzu kommen allgemeine Entwicklungsprojekte mit 19 Mrd. Yen. (NfA, 18.7.90; HB, 10.7.90) -lou-

\*(23)

#### Wirtschaftsbeziehungen VR-DDR

Trotz eines leichten Exportüberschusses in die DDR in Höhe von 80 Mio. SF blicke man in Beijing auf die Handelsentwicklung mit dem Ostteil Deutschlands eher mit Skepsis. Grund dafür sei vor allem, daß das umfangreiche Jahresprotokoll über gegenseitige Warenlieferungen gerade einmal zur Hälfte durch Verträge untermauert sei, so Chinas Handelsrat in Ost-Berlin.

Seit 1950 habe sich der Handel zwischen seinem Land und der DDR so weit entwickelt, daß man von einer wirklichen Bedeutung für den chinesischen Markt sprechen könne, so der Handelsrat Yang Laichun. Auf der Basis langfristiger Handelsabkommen und jährlicher Warenlisten sei das Wirtschaftsaustauschvolumen zwischen 1950 und 1989 pro Jahr um 10% vergrößert worden.

Deutliche Verbesserungen habe die Vereinbarung im Jahre 1970 gebracht, die Zahlungen auf Clearinggrundlage in Schweizer Franken vorzunehmen. Dennoch habe sich die gegenseitige Kompensationsaufrechnung weiterhin hinderlich ausgewirkt. Das drücke sich auch darin aus, daß das Handelsvolumen insgesamt pro Jahr den Wert von 1,1 Mrd. SF nie überschritten habe, womit beide Länder noch lange nicht am Ende ihrer Liefermöglichkeiten angekommen seien.

Die chinesische Seite habe mit Blick auf das in diesem Jahr auslaufende langfristige Handelsabkommen und die innerdeutsche Entwicklung bereits im Dezember 1989 den Übergang zum vollkommen freien konvertiblen Zahlungsverkehr vorgeschlagen. Doch habe die damalige Modrow-Regierung der Volksrepublik zu verstehen gegeben, daß sie Kompensationsgeschäfte für das beste Modell halte. Erst im Februar 1990 sei man in Ost-Berlin umgeschwenkt und habe die Veränderung der Handelsform für den 1. Januar 1991 in Aussicht gestellt. Offizielle Verhandlungen seien aber immer noch nicht angelaufen.

Der DDR-Markt sei für China besonders bei Textilien interessant. In Form von Baumwollgeweben, aber auch fertiger Konfektion machten sie rd. 40% der chinesischen Gesamtlieferungen in die DDR aus. Der Handelsrat bezifferte den Jahreswert auf 250 Mio. SF. Neben Obst und Gemüse seien auch kleinere Werkzeugmaschinen und Handwerkszeuge in der DDR gern gekaufte Erzeugnisse. Ob dies jetzt, nach Einführung der innerdeutschen Wirtschafts- und Währungsunion, so bleiben könne, hänge von einer deutlichen Qualitätssteigerung der chinesischen Produkte ab. Da die DDR bald zum EG-Raum gehören werde, bedürfe es einer bedeutenden Kraftanstrengung bei den chinesischen Produzenten, wenn sie nicht völlig verdrängt werden wollten.

Die derzeitige Lage in der DDR erschwere den Handel, konstatierte der chinesische Handelsrat. Unternehmen seines Landes hätten den Antrag gestellt, in Ost-Berlin eigene Büros zu eröffnen, um nach Wegfall des staatlichen Außenhandelsmonopols in der DDR die Vertragsanbahnungen in die eigenen Hände zu nehmen. Doch im rechtsfreien Raum der DDR gäbe es noch mehr bürokratische Hindernisse als alles andere. Andererseits hätten DDR-Unternehmen wie Carl Zeiss Jena seit langem die Möglichkeit, über eigene Büros in Beijing Marketing zu betreiben. Heute seien diese Büros sogar die einzige Adresse für Geschäftsgespräche. Der DDR-Handelsrat in Beijing sei jetzt nichts mehr als eine Repräsentationsfigur.

Die DDR habe bis zum 30. Juni 1990 versucht, möglichst viel von ihren Lieferverpflichtungen des Gesamtjahres zu erfüllen. Mit etwas mehr als 50% sei ihr dies auch gelungen. Yang nannte als Beispiele Mährescher, Lastkraftwagen und vor allem Kühlwagons. Für letzteres Produkt habe man einen Fünfjahresvertrag über 1.000 Stück, der zum Jahresende auslaufe. Das Waggonwerk Dessau habe noch einen Restposten von 285 Stück zu liefern. Ebenso ende eine staatliche Vereinbarung, die die Aus- und Weiterbildung von chinesischen Reparaturteams in Dessau vorsehe.

Doch gleichzeitig mit der Exportoffensive der DDR habe Ost-Berlin mit einer restriktiven Importpolitik begonnen. Immer weniger Absprachen des Jahresprotokolls würden von DDR-Importeuren mit Verträgen untersetzt. Begründet werde dies mit einer veränderten Verbrauchermentalität nach Öffnung der Westgrenzen. Dies erfordere in China sicher ein Umdenken. Zunächst werde es weniger Absatzmöglichkeiten geben, aber nach der Vereinigung erwartet der Handelsrat neue Chancen in einem größeren Markt. (HB, 27./28.7.90) -lou-

\* (24)

#### Erstes Joint Venture zwischen VR und UdSSR

Die Volksrepublik China und die UdSSR haben sich im Rahmen der von ihnen angestrebten Wirtschaftsannäherung auf die Bildung eines Joint Venture für die Herstellung von Leinenerzeugnissen in der Inneren Mongolei

verständigt. Das von beiden Seiten vereinbarte Vorhaben stellt das erste sino-sowjetische Gemeinschaftsunternehmen in China dar, nach dem sich die Firmenkooperation bislang auf die gemeinsame Unterhaltung von rd. 20 Betrieben, vornehmlich Restaurants, in der UdSSR beschränkt hatte.

Den getroffenen Absprachen zufolge wurde als Standort für die geplante Produktionsstätte mit einer angrenzenden umfangreicheren Flachsanbaufläche die ca. 250 km südlich der chinesisch-sowjetischen Grenze gelegene Stadt Baotou ausersehen. Vertragsgemäß soll die nach ihrer Inbetriebnahme (1992) auf eine Jahresproduktion von 4 Mio. Meter bedrucktem Leinens ausgelegte Anlage mit insgesamt 100 Spinnmaschinen für den Betrieb von 7.100 Spindeln ausgerüstet werden. Für die technische Ausstattung werden vier Spezialfirmen aus der UdSSR sorgen, während von chinesischer Seite der Bau der Fabrik übernommen wird.

Dem Vernehmen nach soll sich diesem ersten Joint Venture in China auf der Grundlage sowjetischen Know-hows in Kürze eine Reihe weiterer Gemeinschaftsgründungen anschließen. Den Auftakt hierfür würde eine engere Zusammenarbeit der beiden Länder im Bereich der Textilherstellung und -verarbeitung vornehmlich in den an die UdSSR angrenzenden Gebieten der VR China bilden.

Vertreter der VR China und der UdSSR haben gegenseitige Investitionsschutz- und Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur Xinhua wurden die Abkommen im Anschluß an eine sechstägige Konferenz des chinesisch-sowjetischen Kooperationsausschusses für Wirtschaft, Handel, Wissenschaft und Technologie abgeschlossen. (NfA, 19.7. u. 25.7.90) -lou-

---

## Binnenwirtschaft

---

\* (25)

#### Fünfpunkteplan zur Regulierung der Wirtschaft

Am 11.7.1990 verkündete Premierminister Li Peng einen Fünfpunkteplan zur Regulierung der Wirtschaft. Wie Li ausführte, stagnierten die Einzelhandelsumsätze, gebe es überschüssige

Lagerbestände an industriellen Produkten, sei die Produktivität gering; hinzu komme, daß die Staatseinnahmen unzureichend seien.

Deshalb habe die Regierung, so Li, einen Fünfpunkteplan für die nächsten sechs Monate angenommen:

- Reduzierung der Zinssätze für Kredite an staatliche Unternehmen, um ihre Schuldenlast zu verringern; Kontrolle des Preisniveaus.
- Die Inflationsrate soll unterhalb einer jährlichen Rate von 10% gehalten werden.
- 5-Mrd.-Yuan-Kredite an Unternehmen sollen zur Verfügung gestellt werden, um Energie und Rohmaterialien einzusparen und neue Produkte zu entwickeln.
- Lösung des "Schuldendreiecks", wonach bankrotte Unternehmen nicht zahlen oder Schulden eintreiben können.
- Sicherstellung einer guten Herbst-ernte und Verhinderung von Überschwemmungen.

Das Sparprogramm der Regierung hatte zwar die Inflation von den Rekordhöhen heruntergeholt, jedoch gleichzeitig dazu geführt, daß die Produktion stagniert und die Arbeitslosigkeit steigt.

Der Plan zielt darauf hin, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Die Gefahr ist aber nicht aus der Welt geschafft, daß mit einem solchen Programm wiederum die Inflation angeheizt wird. (IHT, 12.7.90) -lou-

\* (26)

#### Finanzminister warnt vor Optimismus

Chinas Industrie erholte sich nur langsam von den einschneidenden Folgen der Konsolidierungs- und Sparpolitik, die bereits Ende 1988 unter der Überschrift der Inflationsbekämpfung eingeleitet worden war. Obwohl die Produktionsziffern im Monat Juni 1990 zum erstenmal wieder deutlich anzogen, warnte Finanzminister Wang Bingqian vor vorschnellem Optimismus und beschrieb die gesamte binnenwirtschaftliche Lage als "immer noch ziemlich kritisch".

Die Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung im 1. Halbjahr 1990 mit einem Anstieg des Einzelhandelspreisindex um nur noch 3% wurden als Zeichen gewertet, daß die rezessive Phase überwunden sei und es nun aufwärts gehe. Nachdem der industrielle Pro-